



Foto: ORF

Foto: ORF

POLITIK

Kraftakt gegen Armut gefordert

Das Tiroler Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot verlangt am „Vorabend der Regierungsbildung“ zwischen ÖVP und SPÖ einen „Kraftakt“ im Sozialbereich. Das Bündnis von mehr als 300 Sozialvereinen stellte Forderungen bei Wohnen, Teuerung, Existenzsicherung und Kinderbetreuung.

13.10.2022 17:14

Bei den derzeitigen Verhandlungen – bei dem nicht nur Parteienvertreter sondern auch Experten mit am Tisch sitzen – sei man nicht eingebunden, sagte Ludwig Plangger vom Dachverband der Organisationen für Menschen mit Behinderung arge-SODiT. Es habe lediglich ein einstündiges Gespräch mit der ÖVP gegeben, das er jedoch als „sinnvoll“ beschrieb.

Das Bündnis lade die Politik ein, „gemeinsam zu arbeiten“ – schließlich sei Armut und Armutsgefährdung „längst kein Randthema mehr“, betonte Plangger. Neben raschen Maßnahmen brauche es aber eine „nachhaltige und langfristige Sozialplanung“, darüber hinaus müsse das Soziale in der Verwaltung strukturell verankert werden – man müsse sich momentan nämlich „immer reinreklamieren“.

Verbesserungen beim Wohnen gefordert

Konkret forderte das Bündnis im Bereich Wohnen eine Anhebung der Wohnkostenverordnung „auf die realen Marktgegebenheiten“. Zwar sei diese am 1. September angepasst worden, allerdings auf viel zu niedrigem Niveau, sagte Marion Kapferer von der Organisation DOWAS, die sich für Arbeits- und Wohnungssuchende einsetzt. Dasselbe gelte für die Mietzinsbeihilfe. Warum man diese erst nach zwei Jahren beantragen könne, sei ihr ein Rätsel und gehöre abgeschafft.

Der Fokus bei der Wohnbauförderung ziele ganz klar auf die Schaffung von Eigentum ab, allerdings befinde sich gut die Hälfte der Menschen in Tirol in einem Mietverhältnis. Daher müsse „die Hälfte der Bevölkerung mitgedacht werden“, forderte Kapferer vehement. Es brauche auch ein „Bekenntnis zum sozialen Wohnbau“. „Solange das Wohnen nicht als Menschenrecht sondern als Ware – mit all seinen Auswüchsen – bei politischen

Verantwortungsträgern verankert ist, sind wir mehr als einen Schritt vom Ziel entfernt“, hielt sie fest.



Foto: ORF

Vertreter und Vertreterinnen des Bündnisses gegen Armut und Wohnungsnot formulierten ihre Forderungen bei einer Pressekonferenz in Innsbruck

Viel mehr Beratungen zur Existenzsicherung

Simone Rabl vom Flüchtlingsdienst der Diakonie berichtete, dass seit Beginn der Teuerung immer mehr Menschen eine Beratung zur Existenzsicherung in Anspruch nehmen würden. Es gelte, die Instrumente der Grundsicherung auszuschöpfen und „langfristige Konzepte“ anzubieten. Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrungen stünden vor denselben Herausforderungen, aber in einer „zugespitzten und prekären Weise“, nachdem sie auf keine sozialen Netze zurückgreifen können. Auch Menschen mit Behinderungen seien besonders betroffen, weil sie neben höheren Lebenserhaltungskosten auch weniger Chancen auf Bildung und am Arbeitsmarkt haben, ergänzte Plangger. Es brauche einen Ausbau an entsprechenden Angeboten.

Kinderbetreuung ermöglicht Erwerbstätigkeit

Für Julia Schratz vom „DOWAS für Frauen“ stand indes der Ausbau von ganztägiger, ganzjähriger und flächendeckender Kinderbetreuung im Fokus sowie kostenlose, öffentliche Angebote ab dem ersten Lebensjahr bis zum Ende der Schulpflicht. Erwerbstätigkeit werde dann für Frauen möglich, wenn die Infrastruktur passe, betonte sie. Schratz forderte zudem eine Taskforce „Personalmangel im Sozial- und Gesundheitsbereich“, die Sicherstellung der Versorgung durch Kassenärztinnen und -ärzte sowie den Ausbau von psychosozialer Versorgung.

Doch auch die Einrichtungen selbst benötigen Unterstützung, weil auch ihnen steht die „Teuerung ins Haus“, sagte Plangger. Er wolle jedoch nicht um „Almosen betteln“, schließlich sei die „öffentliche Hand ja auch zuständig“.

red, tirol.ORF.at/Agenturen

